

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 02. Juli 2015

Vorlagen-Nr. 15-F-08-0035

Schulentwicklungsplanung für die Jahre 2015-2020 -Antrag der Fraktion Linke & Piraten vom 24.06.2015-

Am 1. August 2015 beginnt das Schuljahr 2015/2016. Auf Genehmigungen von Schulentwicklungsplänen durch das Hessische Kultusministerium hat die Landeshauptstadt Wiesbaden in der Vergangenheit monatelang, ja bisweilen über ein Jahr warten müssen. Obwohl auch bei der Genehmigung eines Schulentwicklungsplans für die Schuljahre 2015 - 2020 mit einer ähnlich langen Dauer gerechnet werden muss, hat die Schuldezernentin bzw. der Magistrat bis heute noch nicht einmal einen Entwurf für einen neuen Schulentwicklungsplan den städtischen Gremien zur Beratung vorgelegt.

Im Hinblick auf die auf internationaler Ebene (UN-Konventionen) vereinbarte inklusive Gestaltung der schulischen Bildung wurde im seit dem 1. August 2011 geltenden Hessischen Schulgesetz „inklusive Bildung“ rechtlich fixiert und damit zusätzlicher Raumbedarf an den allgemeinbildenden Schulen ausgelöst. Berufliche Schulen haben ebenfalls stark wachsenden Raumbedarf. Mit der Rückkehr zu „G 9“ an Gymnasien, Ausweitung von nachmittäglichen Betreuungsangeboten an Schulen und anderen schulorganisatorischen Änderungen (z. B. Umwandlung der Martin-Niemöller-Schule von einem reinen Oberstufengymnasium zu einem Gymnasium, Einführung einer gymnasialen Oberstufe an der Theodor-Fliedner-Schule), Zunahme der Beschulung von Flüchtlingen und Angehörigen der US-Streitkräfte, entsteht bzw. entstand weiter wachsender Raumbedarf.

In der Wirtschaftsplanung der Stadt wird die Ansiedlung weiterer Gewerbegebiete bis hin zur Ausweisung neuer Gewerbegebiete angestrebt, was - neben dem bereits bestehenden - zusätzlichen Bedarf an Wohnungen auslöst und zusätzliche Wohnbebauung erforderlich macht, um den überdurchschnittlichen Anstieg bei den Mieten und die Zunahme der Verkehrsbelastungen zu begrenzen. Ausweisung und Bebauung neuer Wohngebiete lösen dann erhebliche Bedarfe an zusätzlichen Räumlichkeiten bis hin zu zusätzlichen Schulen aus.

In den zurückliegenden Jahren wuchs der Einsatz provisorischer Containerbauten an Schulen. Es soll mittlerweile eine dreistellige, wachsende Zahl von Containern an Schulen im Einsatz sein. Erst kürzlich wurden z. B. weitere 18 Container zur Behebung der räumlichen Probleme an der Theodor-Fliedner-Schule in Bierstadt beschlossen. Eine Vorlage für Container an der Grundschule in Bierstadt befindet sich im Geschäftsgang.

Aus all diesen Gründen besteht dringender Bedarf, die Schulentwicklungsplanung sowie die räumlichen und personellen Rahmenbedingungen an den Schulen den aktuellen Erfordernissen und den absehbaren Entwicklungen anzupassen. Schüler/innen und ihre Eltern haben z. B. beim Übergang von der Grundschule in eine weiterführende Schule Entscheidungen für den weiteren Schulbesuch zu treffen. Sie sind dabei auf verlässliche Angaben über die Perspektive der Wiesbadener Schulen angewiesen.

Nachdem ein Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN zur Vorlage eines Entwurfs für den Schulentwicklungsplan im vorigen Jahr von der CDUSPD-Mehrheit abgelehnt wurde, erscheint es jetzt umso dringender geboten, die Vorlage eines Entwurfs anzunehmen, damit die städtischen

Gremien endlich mit der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans für die Landeshauptstadt Wiesbaden befasst werden.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge unverzüglich einen Entwurf für den Schulentwicklungsplan 2015-2020 vorlegen.

Beschluss Nr. 0062

Der Antrag wird abgelehnt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2015

Schickel
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2015

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .07.2015

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister